

## Mitteilung an den Rat

### Europaarbeit der Stadt Köln

Am 05.05.09 hat der Rat der Stadt Köln folgenden Beschluss gefasst:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, ihre europapolitischen Aktivitäten in Hinblick auf folgende Aufgaben Fachausschüssen und Rat näher darzustellen:

- Interessensvertretung gegenüber der Europäischen Union
- Politik- und Fördermonitoring
- Projektberatung und –betreuung
- „Europa nach Köln holen“

2. Die Abstimmung zwischen der Stadt Köln und dem Stadtwerke-Konzern in strategischen Fragen kommunaler Europaarbeit sowie die operative Zusammenarbeit zwischen der Europaabteilung beim Dezernat OB und der neu eingerichteten Stadtwerke-Stabsstelle "Grundsatzangelegenheiten der kommunalen Daseinsvorsorge", die auch Europaangelegenheiten umfasst, ist zu verstärken.

3. Die Einflussnahme der Stadt und Region soll weiterhin über die bestehenden Verbandsstrukturen erfolgen. Die Einrichtung eines Europabüros in Brüssel ist nicht zielführend. Kommunale Interessen auf dem Feld der Daseinsvorsorge werden über die europäische Verbandspolitik, z.B. die CEEP, sektorale Verbände kommunaler Unternehmen sowie kommunale Netzwerke und Verbandsstrukturen - insbesondere RGRE und EUROCITIES - betrieben. Darüber wird Einfluss, z.B. hinsichtlich Ausschreibungspolitik, Beihilfepolitik und Regelungen der Daseinsvorsorge genommen. Die Verwaltung wird gebeten, über relevante Aktivitäten kontinuierlich den Rat zu informieren.

4. Die Verwaltung soll dem Rat darlegen, wie die Kommunikation und Interventionsfähigkeit der Region mit der kürzlich erfolgten Gründung der Dienstleistungseinheit COMPASS und der Rückverlagerung der regionalen Europaarbeit in die Strukturen des Region Köln/Bonn e. V. zukünftig optimiert wird.

Dazu nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Europäische Politik bestimmt in wachsendem Maße die rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen kommunalen Handelns. Sie wird zum größten Teil - Expertenschätzungen bewegen sich zwischen 60 und 80 Prozent - auf kommunaler Ebene umgesetzt. Europapolitik ist längst auch Kommunalpolitik.

Die Stadt Köln hat als eine der ersten deutschen Städte auf diese Entwicklungen reagiert und bereits 1992 eine Europastelle eingerichtet. Seitdem beteiligt sich die Stadt Köln gezielt an EU-Förderprogrammen und arbeitet aktiv in verschiedenen europäischen Netzwerken mit.

Politische Grundlage der städtischen Europaarbeit bildet der Ratsbeschluss `EU-Förderprogramme, Organisation der Kölner Europaarbeit´ vom 27. Juni 1996, organisatorische Basis ist die vom Stadtvorstand am 2. Juni 2005 verabschiedete **Geschäftsanweisung Internationale Arbeit (GIA)**, die nach der zum 1. Januar 2004 erfolgten Zusammenlegung der Bereiche Städtepartnerschaften und Europa zum Büro für internationale Angelegenheiten die bis dahin geltende Geschäftsanweisung Europaarbeit (EuGa) vom 16. Dezember 1997 ablöste. Generelles Ziel der GIA ist die Regelung von Verfahren zur

- a) Koordination und Bündelung der europäischen und internationalen Aktivitäten auf städtischer Ebene
- b) Kooperation mit Europaabgeordneten, Landes- und Bundeseinrichtungen zur Wahrung der kommunalen Selbstverwaltung
- c) entsprechende Einflussnahme der Stadt Köln auf die internationale Politik im Sinne der Erhaltung kommunaler Selbstverwaltung.

Das Büro für internationale Angelegenheiten nimmt dabei – neben den eigenen operativen Aufgaben – vielfache Dienstleistungs-, Koordinierungs- und konzeptionelle Aufgaben wahr. Seine Aufgaben umfassen insbesondere

- die Konzipierung, Steuerung, Koordination und Mitgestaltung der europäischen und internationalen Aktivitäten der Stadt Köln
- die Förderung der internationalen Zusammenarbeit insbesondere zwischen Gemeinden, Städten und Regionen sowie die projektbezogene Zusammenarbeit mit Wirtschaft, Forschung und gesellschaftlichen Organisationen
- die Pflege der Städtepartnerschaften Kölns und die Kommunikation mit den entsprechenden Fördervereinen mit dem Ziel einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sowie der Pflege guter nachbarschaftlicher Beziehungen zu anderen Ländern und Völkern
- die Untersuchung der Auswirkungen europäischer Gesetzgebung und Verordnungen sowie des Globalisierungsprozesses auf die städtische Politik und Verwaltung
- die Beratung von Rat und Verwaltung bei kommunal relevanten europapolitischen und internationalen Entwicklungen sowie EU-Fördermöglichkeiten
- die Ausschöpfung von Förderprogrammen der Europäischen Union und internationaler Institutionen für die Ziele städtischer Politik
- das Projekt- und Finanzmanagement EU-finanzierter Maßnahmen
- der Betrieb eines Informationsdienstes in EU- und internationalen Angelegenheiten sowie der Aufbau und die Pflege eines Informationspools in Zusammenarbeit mit dem Amt für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (Mitteilungsdienste, Internet, Intranet etc.)
- die fachliche Betreuung der europäischen und internationalen Städtenetzwerke sowie die fachliche und organisatorische Unterstützung der städtischen Vertreterinnen und Vertreter
- die Einflussnahme auf die europäische und internationale Politik in Zusammenarbeit mit anderen Kommunen, dem Land, dem Bund und internationalen Organisationen bzw. entsprechenden Institutionen und Verbänden sowie den globalen und europäischen Städte- und thematischen Netzwerken, einschließlich der Zusammenarbeit mit Europaabgeordneten und den für die Europaarbeit zuständigen Bundes- und Landeseinrichtungen
- die Unterstützung des Personalamts bei der Qualifizierung und Weiterbildung der städtischen Beschäftigten in internationalen Angelegenheiten
- die Konzipierung, Koordinierung und Verwaltung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit.

Koordinationsgremium der Verwaltung für die Schwerpunkte der städtischen Europa- und internationalen Zusammenarbeit ist die **Internationale Runde**. Sie tagt mindestens einmal pro Jahr und fungiert als strategisches Forum für die planerische Umsetzung und Abstimmung der wichtigen Handlungsfelder entsprechend der vom Rat festgelegten politischen Schwerpunkte. Sie dient darüber hinaus der Abstimmung vor Jahresversammlungen wichtiger Städtenetzwerke und der Koordination der jährlichen Berichterstattung über die internationalen Aktivitäten der Stadt Köln an den Rat.

### 3 Säulen der Europaarbeit

Die Europaarbeit der Stadt Köln beruht auf den folgenden drei Säulen:

## 1. Städtepartnerschaften

Mit ihren 23 Städtepartnerschaften fördert die Stadt Köln die europäische Idee bürgernah und ganz praktisch. Sie bilden ein engmaschiges, über die Fördervereine vielfach bürgerschaftlich verankertes und von bürgerschaftlichem Engagement getragenes Netzwerk der europaweiten Zusammenarbeit und Unionsbürgerschaft.

Am 18. Dezember 2008 verabschiedete der Rat das `Konzept zur Weiterentwicklung der zukünftigen Städtepartnerschaftsarbeit und internationalen Städtekooperation der Stadt Köln`, das zum Ziel hat, die städtepartnerschaftlichen Aktivitäten künftig stärker strategisch auszurichten, den grenzüberschreitenden Erfahrungsaustausch in wichtigen kommunalen Handlungsfeldern zu vertiefen und auszuweiten und nicht zuletzt für die politische Mitgestaltung des europäischen Integrationsprozesses zu nutzen.

## 2. Städtenetzwerke

Ergänzt wird diese von Bürgerkontakten geprägte Zusammenarbeit in wachsendem Maße durch den interkommunalen Austausch in zeitlich befristeten und thematisch ausgerichteten Projekten sowie die kommunalpolitische Zusammenarbeit in europäischen und internationalen Städtenetzwerken als kommunale Interessensverbände gegenüber den europäischen Institutionen und Foren des interkommunalen Austausches.

Neben dem Rat der Gemeinden und Regionen Europas, kurz `RGRE` ([www.ccre.org](http://www.ccre.org)), nutzt die Stadt Köln dafür vor allem das 1986 gegründete Städtenetzwerk **EUROCITIES**, dem sie seit 1993 als Mitglied angehört ([www.eurocities.eu](http://www.eurocities.eu)).

Grundsätzlich gilt, dass der politische Einfluss von Kommunen gegenüber den Europäischen Institutionen dann am stärksten ist, wenn sie an einem Strang ziehen und mit einer Stimme sprechen, die erkennbar EU-weit abgestimmt ist. Auf sich allein gestellt, wäre die Stadt Köln weitgehend wirkungslos. Im engen Schulterschluss mit anderen europäischen Großstädten hat ihre Stimme aber durchaus Gewicht. Dasselbe gilt für die nationalen Kommunalverbände, die auf nationaler Ebene stark sein können, auf europäischer Ebene aber ein Akteur unter vielen sind.

## 3. EU-Projekte

Die Beteiligung an europäischen Förderprogrammen bildet die dritte Säule der europäischen und internationalen Zusammenarbeit. Die Stadt Köln beteiligt sich seit 1992 erfolgreich an EU-geförderten Projekten und koordiniert sie teilweise europaweit. Die EU-Projekte werden in der Regel in öffentlich-privater Partnerschaft mit anderen Kommunen, Unternehmen und Forschungsinstituten aus verschiedenen europäischen Ländern durchgeführt und leisten so einen wichtigen Beitrag zur Förderung städtischer Aufgaben und der lokalen und regionalen Wirtschaft. Gefördert wurden städtische Vorhaben in den zurückliegenden Jahren aus verschiedenen EU-Programmen, insbesondere den Strukturfonds (EFRE, ESF, INTERREG) und dem Forschungsrahmenprogramm. Die akquirierten EU-Mittel dienen schwerpunktmäßig der Förderung von Projekten in den Bereichen Energie, Mobilität, Informations- und Kommunikationstechnologien, Stadtentwicklung, kulturelles Erbe, Umwelt, Hochwasserschutz sowie Management von Großschadensfällen (s. Anlage 1).

### **Stichwort „Interessensvertretung gegenüber der Europäischen Union“**

Die Europäische Union ist ein Mehrebenensystem, in dem die verschiedenen, jeweils eigenständig demokratisch legitimierten Ebenen (Kommunen, Regionen/Bundesländer, Nationalstaat, EU-Institutionen) bei politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen in unterschiedlicher Weise aufeinander einwirken (s. Schaubild 1). Eine Interessensvertretung gegenüber der Europäischen Union kann nur dann erfolgreich sein, wenn sie dieses Mehr-

ebenengeflecht im Blick hat und auf den verschiedenen Ebenen stringent zu agieren vermag. In besonderer Weise gilt dies für Kommunen, die bislang nur mittelbar, in Deutschland als Teil der Länder bzw. über den Bund, sowie über den `Ausschuss der Regionen´ (AdR) in formale EU-Entscheidungsprozesse eingebunden sind.

## Das Mehrebenensystem der EU

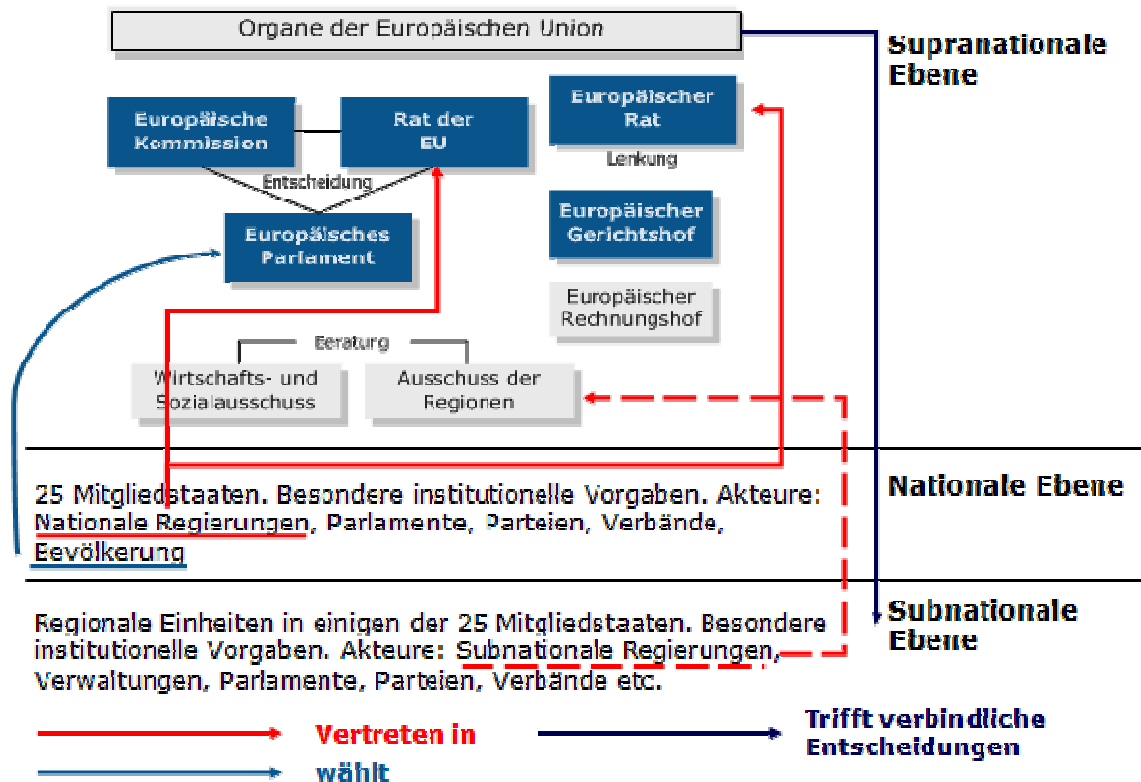


Schaubild 1<sup>1</sup>

### a) Europäische Ebene

Das Büro für internationale Angelegenheiten pflegt direkte Kontakte zu Abgeordneten des Europäischen Parlaments, insbesondere aus der Region, und zu Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verschiedener Generaldirektionen und Dienststellen der EU-Kommission in Brüssel sowie den Kommissionsvertretungen in Berlin und Bonn.

Neben diesen persönlichen Kontakten erfolgt die Interessensvertretung der Stadt Köln gegenüber den EU-Institutionen im Wesentlichen über die aktive Mitarbeit im Städtenetzwerk **EUROCITIES**, das von der EU-Kommission bei kommunal relevanten Gesetzesinitiativen zunehmend bereits in einem frühen Legislativstadium konsultiert wird. EUROCITIES nimmt seinerseits pro-aktiv Einfluss auf die politische Agenda der EU.

EUROCITIES ist ein Interessensverband europäischer Großstädte mit inzwischen mehr als 130 Mitgliedern in mehr als 30 Ländern, dem es gelungen ist, sich gegenüber den europäischen Institutionen, vor allem der EU-Kommission und dem Europäischen Parlament, als Stimme der europäischen Großstädte zu profilieren. Neben Köln gehören zurzeit folgende deutsche Städte EUROCITIES an: Berlin, Bonn, Chemnitz, Dortmund, Dresden, Düsseldorf, Leipzig, Mannheim, München, Münster und Nürnberg. Die fachbezogene Arbeit wird im Wesentlichen von den Mitgliedsstädten selbst getragen, und politische Positionspapiere

<sup>1</sup> [http://www.dadalos-d.org/europa/grundkurs4/grundkurs\\_4.htm](http://www.dadalos-d.org/europa/grundkurs4/grundkurs_4.htm) (12.08.09)

werden von Anfang an im europäischen Austausch entwickelt und abgestimmt, beides Faktoren, die EUROCIITIES gegenüber neuen politischen Themen reaktions- und interventionsfähig machen und so zur Profilschärfe gegenüber den europäischen Institutionen beitragen.

Politische Vertreterin von Oberbürgermeister Fritz Schramma bei der EUROCIITIES-Jahresversammlung und anderen übergreifenden EUROCIITIES-Aktivitäten ist Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes.

Die fachliche Arbeit in EUROCIITIES wird in den sechs thematischen Foren (Kultur, Wirtschaft, Umwelt, Wissensgesellschaft, Mobilität und Soziales) und derzeit 39, den einzelnen Foren zugeordneten Arbeitsgruppen geleistet, die praktisch alle kommunal relevanten, von EU-Gesetzgebung tangierten Handlungsfelder abdecken (s. Anlage 2).

Die Stadt Köln arbeitet zurzeit in folgenden EUROCIITIES-Gremien aktiv mit:

- Forum Wissensgesellschaft (Büro für internationale Angelegenheiten):  
Dem Forum gehören zirka 125 Städte, Regionen und Unternehmen an. Über die Mitglieder von EUROCIITIES hinaus können auch kleinere Städte Mitglied werden. Das Forum unterstützt bei der Entwicklung von Projektvorschlägen an die EU-Kommission, der Akquisition geeigneter Partner und der Lobbyarbeit gegenüber den europäischen Institutionen.
- Arbeitsgruppe `European Governance and Partnerships´ (Büro für internationale Angelegenheiten):  
Diese Arbeitsgruppe bereitet die regelmäßigen EUROCIITIES-Termine mit Mitgliedern der EU-Kommission und die EUROCIITIES-Aktivitäten im Hinblick auf die halbjährlich wechselnden EU-Ratspräsidentschaften fachlich vor. Im Fokus steht dabei naturgemäß die städtische Dimension der europäischen Politik.
- German EUROCIITIES Dialogue, kurz `GED´ (Büro für internationale Angelegenheiten):  
Die deutschen EUROCIITIES-Mitglieder treffen sich regelmäßig, um sich über wichtige netzwerkspezifische und relevante europapolitische Entwicklungen auszutauschen und abzustimmen. Die Treffen, die in der Regel drei- bis viermal jährlich stattfinden, dienen auch der engen Rückkoppelung nationaler und europäischer Entwicklungen zwischen den deutschen EUROCIITIES und dem Deutschen Städtetag.

Angestrebt wird, die Mitarbeit seitens der betreffenden Fachdienststellen auch in anderen Foren und Arbeitsgruppen von EUROCIITIES zu intensivieren, um so die durch die Mitgliedschaft gegebenen Möglichkeiten des Erfahrungsaustausches und der politischen Einflussnahme noch stärker nutzen zu können.

Ein weiteres wichtiges Netzwerk ist **POLIS** ([www.polis-online.org](http://www.polis-online.org)), ein Zusammenschluss von derzeit 68 europäischen Städten und Regionen, die sich mit Fragen der urbanen Mobilität befassen, einem der wichtigsten Aktionsfelder der Europäischen Union im Schnittfeld von Verkehrs-, Umwelt- und Gesundheitspolitik. POLIS entwickelt innovative kommunale Lösungen für Verkehrs- und Umweltprobleme, vertritt in diesen Fragen die Interessen europäischer Städte und Regionen gegenüber den Institutionen der Europäischen Union und unterstützt dabei die Mitglieder bei der Akquisition von europäischen Fördermitteln.

Politisch vertreten wird die Stadt Köln bei POLIS zurzeit durch Karsten Möring, MdR und Vorsitzender des Verkehrsausschusses. Im Rahmen von POLIS traf sich Herr Möring wiederholt mit Vertreterinnen und Vertretern der EU-Kommission und hat dabei städtische Interessen bei Fragen der europäischen Verkehrspolitik und ÖPNV-Regulierung vertreten.

Darüber hinaus ist die Stadt Köln durch ihre Mitgliedschaft beim Deutschen Städtetag indirekt auch in die europäischen Strukturen des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) eingebunden. Der **europäische RGRE** ist ein Verbändeverband. Städte sind auf

europäischer Ebene also nur indirekt Mitglied, nämlich über ihre Mitgliedschaft im jeweiligen nationalen kommunalen Spitzenverband.

Als Mitglied im **RGRE – Deutsche Sektion e.V.** und des Deutschen Städtetags ist die Stadt Köln in den Gremien des RGRE wie folgt vertreten:

a) europäischer RGRE

Europäischer Hauptausschuss	Oberbürgermeister Fritz Schramma (Deutscher Städtetag)
-----------------------------	--

b) deutsche Sektion des RGRE

Hauptausschuss	Bürgermeisterin Angela Spizig Ursula Gärtner, MdR
----------------	--

Deutsch-französischer Ausschuss	Bürgermeisterin Angela Spizig Ursula Gärtner, MdR Andreas Wolter, MdR
---------------------------------	---

EUROCITIES und RGRE gelten auf europäischer Ebene nicht nur als die zwei wichtigsten Städtevertretungen, sie haben im Juni 2007 auch ein gemeinsames Bürogebäude in unmittelbarer Nähe zum Europäischen Parlament, der Europäischen Kommission und dem Europäischen Rat bezogen, das so genannte **‘House of Cities’**, inmitten des Brüsseler Europaquartiers am Square de Meuûs 1 gelegen, in dem auch zahlreiche weitere Städtevertretungen untergebracht sind.

Die drei kommunalen Spitzenverbände verfügen ebenfalls über ein gemeinsames Büro in Brüssel. Zum **Europabüro des Deutschen Städtetags** pflegt das Büro für internationale Angelegenheiten der Stadt Köln einen engen Kontakt.

Eine weitere wichtige Adresse ist der Europäische Verband der öffentlichen Arbeitgeber und Unternehmen, das **‘European Centre of Employers and Enterprises Providing Public Services’**, kurz **CEEP** ([www.ceep.eu](http://www.ceep.eu)). Auf dem Brüsseler Parkett verfügt CEEP über großen Einfluss und ist bei allen Fragen der kommunalen Wirtschaft und Daseinsvorsorge für die Stadt Köln ein unverzichtbarer Lobbypartner. Langjähriger CEEP-Generalsekretär war bis Ende 2008 Rainer Plassmann von der Stadtwerke Köln GmbH, jetzt deren Leiter Personal und Organisation sowie der Stabstelle **‘Grundsatzangelegenheiten der kommunalen Daseinsvorsorge’**. Mit Herrn Plassmann hat sich das Büro für internationale Angelegenheiten in den zurückliegenden Jahren regelmäßig ausgetauscht und wird dies auch künftig in seiner neuen Funktion bei der Stadtwerke Köln GmbH tun.

Zu nennen ist schließlich der Ausschuss der Regionen, kurz **AdR** ([www.cor.europa.eu](http://www.cor.europa.eu)), ein **„beratender Ausschuss aus Vertretern der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften“** (Art. 263 EG-Vertrag), der sich zurzeit aus 317 Mitgliedern zusammensetzt. Deutschland stehen 24 Sitze zu, von denen die 16 Bundesländer 21 für sich reklamiert haben. Die restlichen Sitze teilen sich die drei kommunalen Spitzenverbände, d.h. der Deutsche Städtetag, der Deutsche Städte- und Gemeindebund und der Deutsche Landkreistag. Mit anderen Worten: Die deutschen Kommunen sind im AdR deutlich unterrepräsentiert.

Die geltenden europäischen Verträge sehen für das kommunale Selbstverwaltungsrecht keine Rechtsgarantien vor. Ändern würde sich dies mit dem **Vertrag von Lissabon**, der das Recht auf kommunale Selbstverwaltung als Bestandteil der nationalen Identität der Mitgliedstaaten erstmals im EU-Primärrecht verankert (Art. 4 Abs. 2 EUV). Nicht minder wichtig: Der Ausschuss der Regionen bekäme erstmals ein eigenes Klagerecht, wenn nach seiner Meinung **„in Bezug auf Gesetzgebungsakte, für deren Erlass die Anhörung des Ausschusses der Regionen nach dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union vorgeschrieben**

ist“, das Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsprinzip verletzt ist (Artikel 8, Satz 2, Protokoll Nr. 2 über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit).

Wie im `Konzept zur Weiterentwicklung der zukünftigen Städtepartnerschaftsarbeit und internationalen Städtekooperation der Stadt Köln´ bereits ausgeführt, erfolgt die strukturierte Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Rat im Rahmen der jährlichen Berichterstattung sowie durch die Einbeziehung der Mitglieder der Kleinen Kommission für Städtepartnerschaften in die Internationale Runde und das Jahrestreffen mit den Städtepartnerschaftsvereinen. Die Kleine Kommission für Städtepartnerschaften wird in den kommenden Monaten darüber beraten, wie die Zusammenarbeit zwischen Rat und Verwaltung in Fragen der Städtepartnerschaftsarbeit und internationalen Städtekooperation weiter gestärkt werden kann.

### **b) Bundesebene**

Auf der Bundesebene erfolgt die Interessensvertretung hauptsächlich über den **Deutschen Städtetag** sowie über direkte Kontakte zu Kölner Bundestagsabgeordneten und – anlassbezogen – einzelnen Ministerien. Gleichwohl bleibt zu konstatieren, dass der von den nationalen Regierungen gebildete Europäische Rat für die kommunale Ebene die am wenigsten zugängliche europäische Institution ist.

Das `Gesetz über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Angelegenheiten der Europäischen Union´ sieht zwar vor, dass bei Vorhaben der Europäischen Union das Recht der Gemeinden und Gemeindeverbände zur Regelung der Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft zu wahren und ihre Belange zu schützen sind (EUZBLG, Art. 10), de facto ist aber oft das Gegenteil der Fall. Anhörungsrechte, seitens der Europäischen Kommission zunehmend gängige Praxis, sind auf Bundesebene unterentwickelt. Hier gibt es aus kommunaler Sicht dringenden Verbesserungsbedarf.

Verbesserungsbedürftig ist auch die Verzahnung kommunaler Netzwerk- und Verbandsaktivitäten auf europäischer und nationaler Ebene, z.B. zwischen EUROCITIES und dem Deutschen Städtetag. Ein informeller Austausch auf Arbeitsebene, wie er z.B. innerhalb des `German EUROCITIES Dialogue´ erfolgt (s.o.), kann notwendige interinstitutionelle Abstimmungen nicht ersetzen.

### **c) Landesebene**

Ähnlich wie auf der Bundesebene erfolgt die Interessensvertretung gegenüber dem Land bei europapolitischen Angelegenheiten über den kommunalen Spitzenverband, d.h. den NRW-Städtetag, sowie über direkte Kontakte zu Abgeordneten und Ministerien.

Das Büro für internationale Angelegenheiten pflegt selbstverständlich einen engen Kontakt zur Abteilung V, Europa und internationale Angelegenheiten, der NRW-Staatskanzlei sowie zur EU-Vertretung des Landes NRW in Brüssel. Der Europabeauftragte der Stadt Köln nimmt darüber hinaus regelmäßig an den halbjährlichen Treffen der kommunalen EU-Beauftragten teil, die von der Staatskanzlei NRW organisiert und in der Regel vom Staatssekretär für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien, Michael Mertes, geleitet werden. Vertreterinnen und Vertreter aller relevanten Ressorts sind bei dieser Gesprächsrunde anwesend, die sich zu einem wichtigen Forum des Informations- und Meinungsaustausch über EU-Angelegenheiten entwickelt hat.

### **d) Beispiele erfolgreicher Interessensvertretung**

Herausragende Erfolge stadtkölnischer europapolitischer Lobbyarbeit der letzten Jahre sind zum einen die Verankerung des kommunalen Selbstverwaltungsrechts und die Stärkung der

kommunalen Ebene im Lissabonner Reformvertrag, zum anderen die Berücksichtigung städtischer und regionaler Interessen bei der Programmierung der Strukturfonds in der laufenden Förderphase 2007 bis 2013. So ist es beim letzteren Beispiel auf europäischer bzw. Landesebene gelungen,

- über kontinuierliche EUROCITIES-Lobbyarbeit die Ziel-2-Förderung 'Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung' für alle Städte und Regionen in Europa zu öffnen und die städtische Dimension in den Strukturfondsverordnungen verbindlich vorzusehen;
- über direkte Kontakte zur Landesregierung und im engen Schulterschluss mit dem Region Köln/Bonn e.V. diese städtische Dimension im Operationellen Programm des Landes NRW zu verankern und erstmals Wettbewerbsverfahren zu etablieren, an denen sich alle interessierten Städte und Regionen beteiligen können. Zahlreiche Projektkonsortien aus der Stadt und Region Köln haben sich an diesen Wettbewerben erfolgreich beteiligt.

### **e) Künftige Schwerpunkte der europapolitischen Aktivitäten der Stadt Köln**

Die Daseinsvorsorge im Spannungsfeld von kommunaler Selbstverwaltung und europäischem Wettbewerbs- und Beihilferecht war, ist und bleibt ein Schwerpunkt der europolitischen Aktivitäten der Stadt Köln.

Weitere eminent wichtige Themen sind die Herausforderungen des Klimawandels und die Programmierung der Strukturfonds für die Förderphase 2014 - 2019, für die schon jetzt die politischen Weichen gestellt werden. Anliegen der Stadt Köln wird es sein, dass die städtische Dimension auch in der nächsten Förderphase verbindlich in den Strukturfonds verankert wird, EU-Mittel in ausreichender Höhe für innovative städtische und regionale Vorhaben bereit gestellt werden und die Rolle der Städte bei der Erstellung und Implementierung der operativen Programme gestärkt wird (Partnerschaftsprinzip).

Die Stadt Köln wird darüber hinaus die bevorstehenden Europäischen Jahre mit eigenen Veranstaltungen zu begleiten versuchen. 2010 wird das Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung sein, 2011 das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit, 2012 das Europäische Jahr des aktives Alterns und der generationsübergreifenden Solidarität.

### **Stichwort „Politik- und Fördermonitoring“**

Über die o.g. Arbeitszusammenhänge ist das Büro für internationale Angelegenheiten der Stadt Köln in ein engmaschiges EU-Akteurs- und Informationsnetz eingebunden. Das schließt persönliche Kontakte zu Abgeordneten des Europäischen Parlaments sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der verschiedenen Kommissionsdienststellen selbstverständlich mit ein. Das Büro bezieht darüber hinaus zahlreiche Newsletter zu europäischen und internationalen Debatten, Beschlüssen, Initiativen, Richtlinien etc. der europäischen Institutionen (Kommission, Parlament, Rat, AdR), der internationalen und nationalen Netzwerke, der Bundes- und Landesregierung sowie anderer Städte, wertet diese regelmäßig aus, führt eigene Recherchen durch und leitet Informationen, sofern kommunal relevant, zeitnah und zielgerichtet an die betreffenden Dienststellen weiter.

Dasselbe gilt für das Monitoring der zahlreichen EU-Förderprogramme und deren Ausschreibungen.

Die wichtigsten Newsletter werden an einen größeren innerstädtischen EU-Verteiler weiter geleitet, fachbezogene Informationen an fachspezifische Verteiler verschickt. Diese Verteiler umfassen Personen aus Rat und Verwaltung und werden regelmäßig aktualisiert. Für diesen Informationsdienst soll in Zukunft verstärkt auch das städtische Intranet genutzt werden.



Sowohl bei EU-politischen Entwicklungen als auch bei EU-Förderprogrammen ist es wichtig, möglichst früh von ihnen Kenntnis zu haben, um Einfluss nehmen bzw. erfolgreich Mittel akquirieren zu können. Politik- und Fördermonitoring zielt deshalb in zwei Richtungen: zum einen nach innen, d.h. in die einzelnen Dezernate und Fachämter, um deren Schwerpunkte und Planungen kennen und entsprechende Erwartungen bedienen zu können, zum anderen in Richtung EU-Institutionen. Durch die über Jahre aufgebauten Kontakte zu den einschlägigen Dienststellen und Agenturen der EU-Kommission erfährt das Büro für internationale Angelegenheiten in der Regel rechtzeitig über Ausschreibungen in den für die Stadt Köln jeweils aktuell interessanten Förderprogrammen. Zum umfassenden Abgleich nutzt das Büro für internationale Angelegenheiten die Internationale Runde, zu anlassbezogenen Abstimmungen Fach-Arbeitskreise bzw. regelmäßige Kontakte zu den europaaaktiven Fachdienststellen.

Das **europäische Recht** wirkt sich in Zukunft immer stärker im kommunalen Bereich und somit auch auf die kommunale Verwaltung aus, da auf dieser staatlichen Verwaltungsebene die Verordnungen, Richtlinien und daraufhin angepassten Normen des Bundes- oder Landesrechts in die Praxis umgesetzt werden. Die nach Innen gerichtete europarechtliche Informations- und Bildungsarbeit ist Aufgabe der zentralen Rechtsabteilung im Rechts- und Versicherungsamt. Zu den Aktivitäten zählen vor allem:

- Auf- und Ausbau des Beratungsangebots im Kernkompetenzfeld "Europarecht"
- Prüfung städtischer Normen auf Vereinbarkeit mit der EU-Dienstleistungsrichtlinie
- Veröffentlichung von Basisinformationen zum "EU-Beihilferecht" im städtischen Intranet
- Veröffentlichung von Informations- und Recherchemöglichkeiten zu EU-Dokumenten im Internet über das städtische Intranet
- Regelmäßiger Austausch mit dem Büro für internationale Angelegenheiten zum Thema "Europarecht"
- Regelmäßiger Austausch mit der Kämmerei der Stadt Köln zum Thema Beihilferecht bei städtischen Beteiligungen an kommunalen Unternehmen
- Mitwirkung bei Fragestellungen grundsätzlicher oder stadtweiter Bedeutung zu EU-Themen
- Einzelfallbearbeitung auf Anfrage der Fachdienststellen.

Durch Einbeziehung des Büros für internationale Angelegenheiten sollen Synergien mit dem dort vorhandenen Europawissen und den bestehenden Netzwerken ermöglichen.

### **Stichwort „Projektberatung und –betreuung“**

Über die o.g. Informationsdienste hinaus berät das Büro für internationale Angelegenheiten Fachdienststellen auf gezielte Nachfrage individuell über EU-Fördermöglichkeiten. Mit diesem Büro hat die Stadt Köln eine zentrale Verwaltungseinheit geschaffen, die für interessierte Fachdienststellen als Dienstleister

- EU-Projekte akquiriert
- bei der Partnersuche hilft
- notwendige Exposés ausarbeitet oder dabei unterstützt
- Projektanträge fertigt
- die antragsbezogene Lobbyarbeit gegenüber den EU-Institutionen wahrnimmt
- EU-Projekte finanziell und administrativ abwickelt
- das Controlling incl. Berichtswesen und Nachweislegung erledigt (Projektmanagement).

Das Büro für internationale Angelegenheiten bietet mindestens einmal pro Jahr eine innerstädtische Fortbildung zum Thema EU-Förderprogramme und EU-Projektmanagement an, die allen interessierten Bediensteten offen steht.

Was das Monitoring von EU-Förderprogrammen, die EU-Projektberatung und das finanzielle und administrative Management von EU-Projekten anbelangt, ist die Stadt Köln also vergleichsweise gut aufgestellt. Allerdings mangelt es den Fachdienststellen immer wieder an den personellen und zeitlichen Ressourcen, die für die fachliche Begleitung von EU-Projekten notwendig sind.

Das Büro für internationale Angelegenheiten hat für die Stadt Köln seit 2000 EU-Mittel in Höhe von ca. 2,5 Mio. € akquiriert. Eine Übersicht über die einzelnen Projekte ist als Anlage beigefügt. Nicht berücksichtigt sind dabei die EU-Fördermittel, die über das Land NRW, den Bund oder nationale Agenturen verwaltet und von den betreffenden Fachdienststellen direkt akquiriert werden, insb. ESF und EFRE.

### **Stichwort „Europa nach Köln holen“**

Köln ist historisch, kulturell, sozial und wirtschaftlich eine durch und durch europäisch geprägte Stadt. Insofern ist Europa Köln immanent. Darüber hinaus bemühen sich die Stadt Köln und zahlreiche in Köln ansässige Vereine durch vielfältige Austauschprogramme, Menschen aus ganz Europa nach Köln zu holen und das Europa der Bürgerinnen und Bürger aktiv mit zu gestalten. Gerade die Städtepartnerschaften spielen dabei eine unverzichtbare Rolle.

Neben der Förderung dieser bürgerschaftlich geprägten Aktivitäten engagiert sich die Stadt Köln auch, das Wissen um europäische Zusammenhänge und die europäischen Institutionen zu vertiefen und zu verbreitern, für die europäische Idee zu werben und europäische Öffentlichkeit zu schaffen sowie offizielle Vertreterinnen und Vertreter der EU-Institutionen regelmäßig nach Köln zu holen. Dazu dienen in erster Linie folgende Einrichtungen und Aktivitäten:

#### a) EUROPE *DIRECT*-Informationszentrum Köln

Die Stadt Köln und der Region Köln/Bonn e.V. sind seit 1998 gemeinsamer Träger des Informationszentrums Europa, jetzt EUROPE *DIRECT*-Informationszentrum Köln, das mit Unterstützung der EU-Kommission unzählige europapolitische Informations- und Bildungsveranstaltungen für unterschiedlichste Zielgruppen anbietet und einen festen Knoten in der lokalen und regionalen Vernetzung der europapolitischen Akteure bildet.

In den lokalen EUROPE *DIRECT*-Zentren erhalten interessierte Bürgerinnen und Bürger Rat und aktuelle Informationen über verschiedene Themen und Bereiche der Europäischen Union wie Institutionen, Rechtsetzung, politische Maßnahmen, Programme und Finanzierungsmöglichkeiten. Darüber hinaus fördern die Informationsstellen eine stärkere lokale und regionale Debatte über die Europäische Union und bieten der Öffentlichkeit die Möglichkeit, den EU-Organen eine Rückmeldung über die Politik der Europäischen Union zu geben sowie eigene Vorschläge zu formulieren, kurz, sie schaffen europäische Öffentlichkeit.

Die Förderung durch die EU-Kommission erfolgt auf der Basis von Ausschreibungen, die im Abstand von vier Jahren durchgeführt werden. Für die laufende Förderphase 2009 bis 2012 hat das Büro für internationale Angelegenheiten in 2008 erfolgreich einen Antrag gestellt. Der Zuschuss der EU-Kommission beläuft sich jährlich auf max. 25.000,- €. Der letzten Ausschreibung ging eine Evaluation voraus, bei der das Kölner EUROPE *DIRECT*-Zentrum überdurchschnittlich positiv abgeschnitten hat.

#### b) Europatag

In diesem Jahr hat die Verwaltung nach jahrelanger Pause zum Europatag am 9. Mai erstmals wieder eine öffentlichkeitswirksame Veranstaltung auf dem Roncalliplatz durchgeführt,

an der zahlreiche Vereine und Institutionen engagiert mitgewirkt haben. Entsprechende Haushaltsmittel vorausgesetzt, soll der Europatag auch in den kommenden Jahren in ähnlicher Form öffentlichkeitswirksam begangen werden.

### c) Europäische Konferenzen

Die Verwaltung hat wiederholt erfolgreich europäische Konferenzen nach Köln holen können, die das Profil der Stadt Köln als europäische Metropole stärken. Während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im Jahr 2007 waren das z.B. folgende Veranstaltungen:

- Information Day on European ICT Research and Development  
Am 1. Februar 2007 fand in der Koelnmesse die internationale Konferenz "Köln 2007: Information Day on European ICT Research and Development – 1st February 2007" statt. Thematisch ging es um die EU- Förderprogramme im Bereich Informations- und Kommunikationstechnologien der Förderperiode 2007 bis 2013. Hochrangige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Generaldirektion „Informationsgesellschaft und Medien“ der EU-Kommission nahmen an dieser Konferenz teil.
- Biotechnologie Konferenz  
"Auf dem Weg in eine wissensbasierte Biotechwirtschaft – Herausforderung und Chance für Forschung, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft", so lautete der Titel der Biotechnologie Konferenz, die am 30. und 31. Mai 2007 in Köln tagte. Das Bundesministerium für Forschung und Bildung, die Europäische Kommission und das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie hatten hierzu während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft rund 500 Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung nach Köln eingeladen.
- Jugend-Event  
Unter Federführung des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend nutzte die Bundesregierung die EU-Ratspräsidentschaft, um die Chancengleichheit und gesellschaftliche Beteiligung von Jugendlichen zu stärken, und veranstaltete vom 13. bis 16. April 2007 das sogenannte Youth Event 2007 in Köln, an dem rund 130 junge Menschen aus verschiedenen europäischen Ländern teilnahmen.

Gemeinsam mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung, dem Deutschen Sportbund, der Deutschen Sportjugend und der Deutschen Sporthochschule Köln führte die Stadt am 9. Dezember 2004 die Abschluss-Veranstaltung des Europäischen Jahres der Erziehung durch Sport 2004 durch. Im kommenden Jahr, dem Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, ist in Köln eine Auftaktveranstaltung geplant.

Darüber hinaus finden im Rahmen von EU-Projekten, Städtenetzwerken oder Kooperationen mit den lokalen Hochschulen regelmäßig in Köln europäische Konferenzen statt, an denen auch Vertreterinnen und Vertreter der europäischen Institutionen teilnehmen.

Zuletzt tagte das europäische Kulturnetz `Les Rencontres´ in Köln, in dem sich 250 Städte und Regionen aus 32 europäischen Ländern zusammengeschlossen haben. Über 50 Kulturpolitikerinnen und -politiker aus mehr als zehn europäischen Ländern trafen sich hier vom 5. bis 8. März 2009, um sich ein Bild von Köln als Kulturstadt zu machen. Bürgermeisterin Angela Spizig ist Vizepräsidentin dieses Kulturnetzwerks.

Die Beteiligung der Stadt Köln an EU-Projekten und Städtenetzwerken hat so den erwünschten Nebeneffekt, Köln auch als europäischen Kongressstandort zu profilieren.

### d) EASA

Die Stadt Köln hat mit Unterstützung der Bundesregierung in einem europaweiten Wettbewerb erfolgreich dafür geworben, die Europäische Agentur für Flugsicherheit (EASA) in Köln anzusiedeln. In 2003 nahm die EASA ihre Arbeit auf, zunächst in Brüssel, seit 2004 sitzt sie

im `KölnTriangle´, auch `EASA-Tower´ genannt, in Köln. Die wesentlichen Aufgaben der Agentur sind die Erarbeitung einheitlicher Regelungen im zivilen Luftverkehr in Europa, die Zertifizierung von Flugzeugen, Luftfahrtgeräten und Entwicklungsbetrieben, sowie die Überwachung der Anwendung der Regelungen durch die Mitgliedsstaaten. Die EASA ist inzwischen die größte der dezentral über die EU-Mitgliedsstaaten verstreuten EU-Agenturen. Die EASA stärkt nicht nur den Luft- und Raumfahrtstandort Köln, sie ist auch die manifestierte Präsenz der Europäischen Union in Köln.

## **Regionale Europaarbeit**

Die zum 1. Januar 2009 erfolgte Rückverlagerung der regionalen Europaarbeit in die Strukturen des Region Köln/Bonn e.V. ist die praktizierte Optimierung der regionalen Kommunikation von EU-Angelegenheiten und der europapolitischen Interventionsfähigkeit der Region. Sie erfolgte auf Initiative der Stadt Köln und mit dem Ziel, das Profil der Region als Wachstums- und Innovationsmotor im Zentrum Europas zu stärken. Die Europaarbeit gehört zu den unbestrittenen Kernaufgaben der Region. Mit der Reintegration in den Verein bekommt die regionale Europaarbeit (wieder) ein eigenes Gesicht. Sie wird damit sowohl nach innen wie nach außen gestärkt. Weder ist sie mit der kommunalen Europaarbeit deckungsgleich, noch kann sie dauerhaft durch diese ersetzt werden. Entscheidend sind vielmehr die zu bildenden Synergien.

Ein gutes Beispiel dafür ist die Förderdatenbank, die vom Region Köln/Bonn e.V. entwickelt wurde und allen Gebietskörperschaften zur Verfügung steht.

Ein weiteres gutes Beispiel ist die Dienstleistungseinheit COMPASS des Region Köln/Bonn e.V., die von der Stadt Köln ebenfalls maßgeblich mit konzipiert und vorangetrieben wurde. Konkreter Anlass war die Neuausrichtung des Strukturfonds EFRE in der laufenden Förderphase (2007-2103), dessen Förderinstrumente nicht mehr auf eine enge Territorialkulisse beschränkt sind, sondern grundsätzlich allen Regionen in der EU offen stehen – im Falle NRW also nicht länger nur dem Ruhrgebiet, sondern z.B. auch dem Rheinland -, und der zum anderen regionale Innovationsprozesse ausdrücklich fördern soll. Dass das Land NRW diesen Vorgaben der EU-Kommission unter allen Bundesländern am konsequentesten gefolgt ist, ist auch ein Verdienst der erfolgreichen Lobbyarbeit der Stadt Köln und des Region Köln/Bonn e.V. im Vorfeld der Verabschiedung des Operationellen EFRE-Ziel-2-Programms.

COMPASS wurde im September 2007 mit dem Ziel gegründet, für die Region eine Informations-, Beratungs- und Koordinationseinheit im Ziel-2-Wettbewerbsprozess zu etablieren, um regionalen Akteuren eine gute Ausgangslage in den NRW-Ziel-2-Wettbewerben zu verschaffen. Adressaten von COMPASS sind zuerst die Mitglieder des Region Köln/Bonn e.V., aber auch regionale Akteure aus Wirtschaft und Wissenschaft.

Die vom Ziel-2-Sekretariat regelmäßig veröffentlichten Wettbewerbsergebnisse zeigen, dass dabei Akteure aus der Region Köln/Bonn, darunter zahlreiche aus Köln, überdurchschnittlich gut abschneiden<sup>2</sup> (s.a. Anlagen 3 a – 3c). Ein ausführlicher Bericht der Verwaltung über die bisherigen Kölner Beiträge und Projekte in den EFRE-Wettbewerben wurde den Fachausschüssen für Stadtentwicklung und Wirtschaft vom Amt für Stadtentwicklung und Statistik bereits vorgelegt. Eine kürzlich vom Bonner Empirica-Institut im Auftrag des Region Köln/Bonn e.V. durchgeführte Evaluation hat bestätigt, dass COMPASS für die Region eine

---

<sup>2</sup> Zuletzt: Bericht der Landesregierung "Stand der Ziel 2-Förderung zum Stichtag 31.05.2009"

a) Bericht: [http://www.ziel2-nrw.de/0\\_2\\_Aktuelles/2009\\_06\\_17\\_Bericht\\_Landesregierung\\_Programmstatus/Bericht\\_Landtag\\_2009\\_06\\_17.pdf](http://www.ziel2-nrw.de/0_2_Aktuelles/2009_06_17_Bericht_Landesregierung_Programmstatus/Bericht_Landtag_2009_06_17.pdf) (13.08.09)

b) Tabellen und Schaubilder: [http://www.ziel2-nrw.de/0\\_2\\_Aktuelles/2009\\_06\\_17\\_Bericht\\_Landesregierung\\_Programmstatus/Anlagen\\_1\\_Wettbewerbsrunde.pdf](http://www.ziel2-nrw.de/0_2_Aktuelles/2009_06_17_Bericht_Landesregierung_Programmstatus/Anlagen_1_Wettbewerbsrunde.pdf) (13.08.09; s.a. Anlagen 3)

qualitativ hochwertige Dienstleistung erbringt. Der Vorstand des Region Köln/Bonn e.V. hat deshalb entschieden, COMPASS fortzuführen.

Die Stadt Köln profitiert von den Dienstleistungen von COMPASS direkt und indirekt; direkt über die Unterstützung bei städtischen Vorhaben, für die eine EFRE-Förderung gesucht wird, indirekt, indem über die Profilierung der Region Köln/Bonn gegenüber dem Land NRW auch und gerade das Zentrum der Region, die Stadt Köln, gestärkt wird. Mehrere Regionale 2010-Projekte, an denen die Stadt Köln beteiligt ist oder unmittelbaren Nutzen zieht, werden aus EFRE-Ziel-2-Mitteln gefördert, so z.B. die Archäologische Zone, RegioGrün, die beiden Römerstraßen und das Projekt `envihab´ (DLR).

Das Büro für internationale Angelegenheiten ist mit den Akteuren der regionalen Europaarbeit sehr eng vernetzt. Es ist neben den städtischen Vertretern vom Amt für Stadtentwicklung und Statistik sowie dem Dezernat für Wirtschaft und Liegenschaften festes Mitglied der regelmäßig tagenden EFRE-Kooperationsrunde von COMPASS und des AK Europa des Region Köln/Bonn e.V., der vom Sekretariat des Vereins koordiniert wird und in dem sich die Europabeauftragten der Vereinsmitglieder regelmäßig über aktuelle europapolitische Entwicklungen und Fördermöglichkeiten austauschen.

Für die Mitglieder des AK Europa organisiert der Verein am 6. Oktober 2009 einen gemeinsamen eintägigen Besuch der vom AdR organisierten "OPEN DAYS" (Europäische Woche der Städte und Regionen) in Brüssel.

Zur Intensivierung der regionalen Europa-Arbeit fanden seitens des Region Köln/Bonn e.V. im ersten Halbjahr 2009 Besuche bei den verschiedenen Europabeauftragten der Vereinsmitglieder statt. Die Gespräche wurden entlang eines standardisierten Leitfadens geführt, der sowohl der Positionsbestimmung der verschiedenen Europaaktivitäten in der Region Köln/Bonn als auch der Schwerpunktbildung der künftigen regionalen Europaarbeit dienen soll. Über die Schlussfolgerungen wird der AK Europa bei seiner nächsten Sitzung beraten.

#### **Anlagen:**

1. Vom Büro für internationale Angelegenheiten (01/4) akquirierte EU-Projekte 2000 - 2009
2. EUROCITIES-Foren und -Arbeitsgruppen
3. Bericht der Landesregierung "Stand der Ziel 2-Förderung zum Stichtag 31.05.2009";  
Tabelle und Diagramme

## Anlage 1

### Vom Büro für internationale Angelegenheiten (01/4) akquirierte EU-Projekte 2000 - 2009

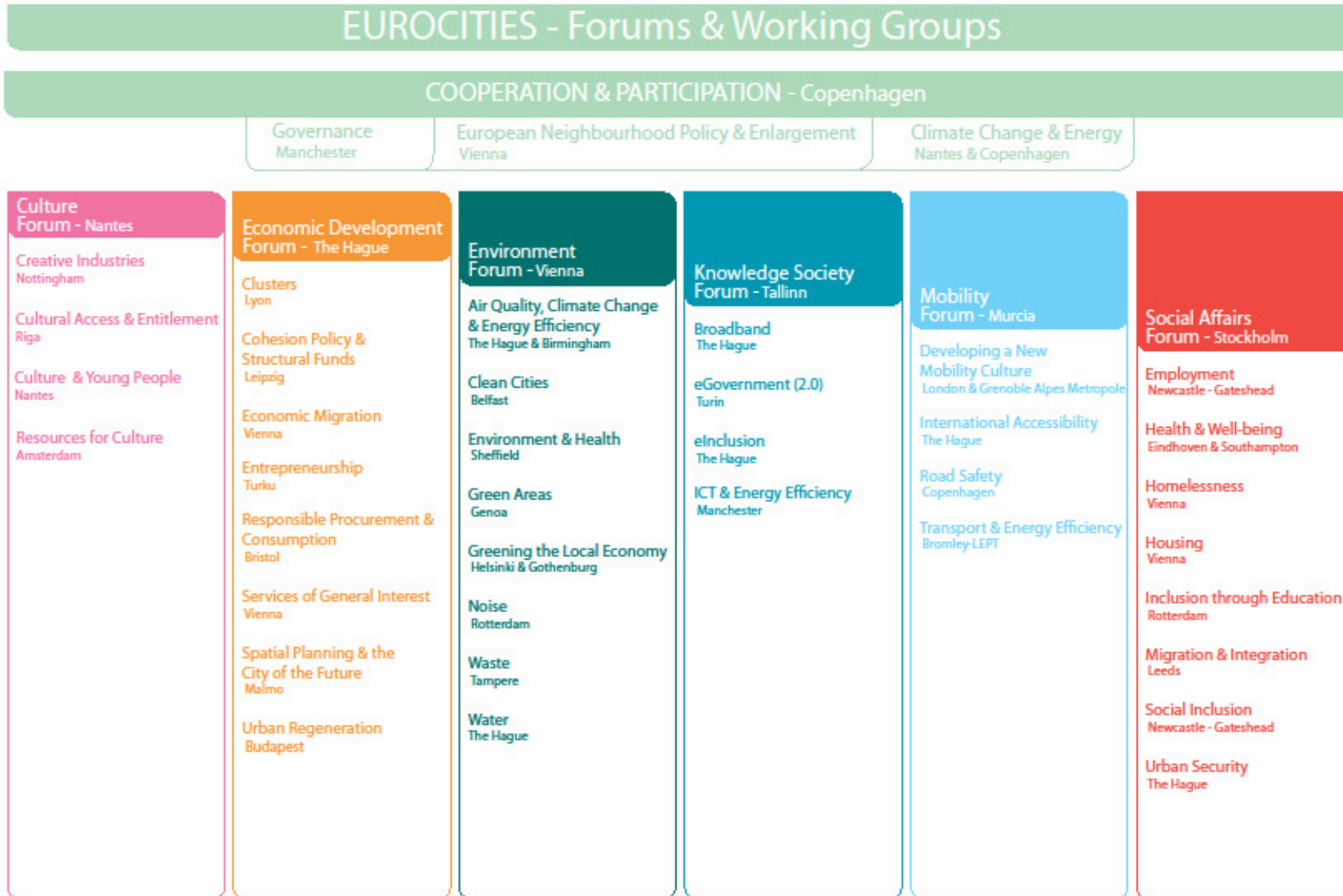
Projekt	Pro-gramm	Laufzeit	Gesamt-kosten Stadt	EU-Förderung (€)			
				Alle Partner	Anteil 01/4	Andere Dienststl.	Stadt Gesamt
<b>CATCH2004</b>	FRP	2000-2002	152.390 €	3.250.948 €	64.577 €	11.617 €	<b>76.195 €</b>
<i>Projektkurzbeschreibung:</i> Entwicklung eines Tools zum sprachgesteuerten Zugriff auf Informationen für Bürger an Kiosken und Telefonen. Wichtige Elemente sind der Multimodale Datenzugriff, Erkennen von Natursprache und Vielsprachigkeit. Zusammenarbeit mit Nokia und IBM und 13 (Intra-Internet). Vorstellung in der Stabsstelle Strategisches IuK Management und in der Arbeitsgruppe "Mobiles Verwalten". Ergebnisse (auch online, per Telefon in der Konferenz in Köln) überzeugend. Einsatzmöglichkeiten in der Stadtverwaltung in den Bürgerämtern, Verkehrsinformationen, Tourismusinfos etc. Umsetzung noch nicht erfolgt. Einsatz zur Olympiade 2004 in Athen.							
<b>FASME</b>	FRP	2000-2001	115.472 €	1.451.404 €	24.740 €	32.996 €	<b>57.736 €</b>
<i>Projektkurzbeschreibung:</i> Möglichkeitsstudie zur Online-Kommunikation zwischen europäischen Verwaltungen und persönlicher Nutzung einer JAVA-basierten Chipkarte unter Verwendung digitaler Unterschrift. Ergebnis: Karte nutzbar und sinnvoll, aber Kommunikation zwischen Verwaltungen z.Zt. nicht möglich wegen technischer Inkompatibilitäten.							
<b>MODEL</b>	FRP	2000-2001	57.370 €	1.398.086 €	13.246 €	15.439 €	<b>28.685 €</b>
<i>Projektkurzbeschreibung:</i> Entwicklung eines Tools zum kooperativen Arbeiten incl. Dokumentenverwaltung. Wurde nicht weiter umgesetzt, da als Einzelapplikation in einem Bereich nicht sinnvoll, nur gesamtstädtisch. Jedoch wichtige Erfahrungen in der Beurteilung auf dem Markt befindlicher Anwendungen.							
<b>NORISC</b>	FRP	2001-2003	892.648 €	1.946.130 €	218.620 €	227.704 €	<b>446.324 €</b>
<i>Projektkurzbeschreibung:</i> Entwicklung eines Tools zur Verbesserung der Qualität der Bodenuntersuchung bei gleicher Verringerung der Kosten. Einsatz an 4 Standorten in Europa, auch in Köln. Nutzen für die Stadtplanung und das Umweltamt. Bisher scheitert flächendeckende Umsetzung an der fehlenden Möglichkeit der Einflussnahme auf die Ingenieurbüros. Es sind Schulungsmaßnahmen geplant, um das Tool stärker zum Einsatz zu bringen. Ein Unternehmen hat sich bereit erklärt die Schulungsmaßnahmen durchzuführen, die Software zu aktualisieren. Es wurde eine Absichtserklärung mit dem Umweltamt in 2007 gezeichnet. Anerkennung des Kölner EU-Projektes auf Bundesebene (UBA und BMU) bei der Europäischen Kommission und der UNO							
<b>CASNET</b>	FRP	2001-2003	334.868 €	1.653.000 €	30.584 €	136.850 €	<b>167.434 €</b>
<i>Projektkurzbeschreibung:</i> Entwicklung von Tools zur Prüfung von Internetprotokollen der Online-Zahlung und des Konteneinblicks. Nutzen bei der weiteren Entwicklung von Stadtkasse Online sowie Anpassung der entsprechenden System-Architektur bei -12- aufgrund der Ergebnisse.							
<b>PLUME</b>	FRP	2002-2005	31.120 €	1.686.004 €	15.560 €	15.560 €	<b>31.120 €</b>
<i>Projektkurzbeschreibung:</i> Know-How Transfer zum Thema "Nachhaltiger Stadtverkehr". EU-Konferenz zum Projektabschluss in Köln auf der Messe. Austausch von Mitgliedern der Verwaltung (15, 61) und des Rates (Verkehrsausschuss) mit den Europäischen Teilnehmern. Austausch zu den Themen Bike und Ride, nachhaltige Verkehrsplanung							
<b>EPSILON</b>	FRP	2002-2005	137.280 €	1.497.928 €	6.863 €	61.777 €	<b>68.640 €</b>
<i>Projektkurzbeschreibung:</i> Entwicklung von Nachhaltigkeitsindikatoren mit den dazugehörigen Kennziffern, Modellkomponenten und Softwaremodulen für die kommunale Ebene (NUTS-3-Ebene), die neben Umweltdaten soziale und ökonomische Informationen clustern. Das Amt für Stadtentwicklung und Statistik (15) hat im Laufe des Projekts die entwickelten Modelle auf ihre empirische Machbarkeit sowie deren Aussagefähigkeit im kommunalen Planungszusammenhang überprüft.							
<b>CABERNET</b>	FRP	2002-2005	9.000 €	1.979.032 €		9.000 €	<b>9.000 €</b>
<i>Projektkurzbeschreibung:</i> Know-how Transfer zum Thema "Revitalisierung von Stadtvierteln und Altlasten" für das Umweltamt und Stadtplanungsamt. Erstellung von Handbüchern und Tools für das Altlastenrecycling. Zusammenarbeit mit dem UBA und Umweltministerium.							
<b>IBIK</b>	KOM D	2002-2003	78.740 €	70.000 €	4.870 €	34.500 €	<b>39.370 €</b>
<i>Projektkurzbeschreibung:</i> Die interaktive Begegnungs- und Informationskampagne stellte den Kölner Bürgerinnen und Bürgern die Gründe der Erweiterung dar, informierte sie über den Stand des Erweiterungsprozesses und erörterte die Auswirkungen auf verschiedene Bevölkerungsgruppen und Wirtschaftssektoren.							

Projekt	Pro-gramm	Laufzeit	Gesamt-kosten Stadt	EU-Förderung (€)			
				Alle Partner	Anteil 01/4	Andere Dienststl.	Stadt Gesamt
<b>SETRIC</b>	INTER-REG	2004-2006	120.000 €	372.000 €	40.000 €	20.000 €	<b>60.000 €</b>
<i>Projektkurzbeschreibung:</i> Die CD-ROM mit einer umfangreichen Datenbank von Großschadensereignissen in europäischen Städten, den Eingriffen, den Analysen, Vermeidungsmöglichkeiten etc. sowie Organisations- und Kommunikationsstrukturen ist für alle Dienststellen des Einsatzes bei Großschadensereignissen nutzbar. Für die beteiligte Leitung von -37- Nutzen im Erfahrungsaustausch mit den anderen europäischen Städten.							
<b>INTEGRA</b>	INTER-REG	2004-2006	44.454 €	100.000 €	21.952 €	15.752 €	<b>37.704 €</b>
<i>Projektkurzbeschreibung:</i> Es wurde eine strategische Vorgehensweise für das Flächenmanagement von industriell vorbelasteten Böden entwickelt und ein Fragebogen als Schnittstelle zwischen Investoren und der Stadtverwaltung sowie eine Software Architektur, um die Wünsche von Investoren und die Städtischen Daten zu verschneiden. Für Köln war insbesondere das Vernetzen der städtischen Akteure sehr nachhaltig. Im EU-Projekt INTEGRA SITES sind erstmals alle Akteure, die mit dem Thema Boden zu tun haben zusammengekommen. Es wurde später unter der Federführung von 15 die Arbeitsgruppe Fläche ins Leben gerufen und ein Treffen der vier Dezernenten zum Thema einberufen. Insbesondere der Erfahrungsaustausch im Rahmen des EU-Projektes mit anderen Unternehmen (MGG) und Städten zum Thema Revitalisierung hat wertvollen Input für die Fachämter zum Thema Boden gegeben. Mit den Partnerstädten Lille und Kattowitz wurde der Kontakt durch das Projekt erheblich intensiviert.							
<b>ITISS</b>	INTER-REG	2004-2007	162.318 €	3.237.439 €	25.904 €	55.255 €	<b>81.159 €</b>
<i>Projektkurzbeschreibung:</i> Verbesserung des Verkehrsinformationssystems "StadtinfoKoeln" und Integration des Moduls in www.koeln.de. Mehrsprachigkeit und Intermodalität des Kölner Verkehrsinformationssystems. Know-how Transfer zum Thema "Barrierefreiheit", mit weiterer Projektplanung. Entwicklung eines EU-Verkehrsportals, welches Reisen "von Tür zu Tür" von Köln in andere EU-Städte ermöglicht. Nutzung der Module auch in Rheinlandmobil diskutiert..							
<b>FLAPP</b>	INTER-REG	2004-2007	15.400 €	1.672.850 €	1.500 €	6.200 €	<b>7.700 €</b>
<i>Projektkurzbeschreibung:</i> Aufbau eines Netzwerks aller europäischen großen Flussgebiete. Umfangreiche Kontakte für Hochwasser-Schutz-zentrale sowie Erkenntnisse in Vorhersage und Schutzmassnahmen. Noch laufend.							
<b>PLOT</b>	VOTA	2005	40.000 €	161.000 €	25.000 €	7.000 €	<b>32.000 €</b>
<i>Projektkurzbeschreibung:</i> Weiterentwicklung de "Kölner Risiko-Index" für traumatisierte Terroropfer. Nutzen in der Einschätzung der unterschiedlichen Traumatisierungsfälle sowie korrespondierender Behandlungsmethoden auch für traumatisiertes Personal z.B. bei -37-. Nur deutsche Partner.							
<b>StäPa-Konf.</b>	TT	Mai 05	78.092 €	39.046 €	39.046 €	0 €	<b>39.046 €</b>
<i>Projektkurzbeschreibung:</i> Am 8. und 9. Mai 2005 fand die Kölner Partnerstädtekonferenz 'Europa - Gemeinsam erinnern und gestalten' mit Delegationen aus Indianapolis, Liverpool, Kattowitz, Lille, Lüttich, Rotterdam, Tel Aviv-Yafo, Thessaloniki, Turin und Wolgograd sowie unter reger Beteiligung der Kölner Bürgerinnen und Bürger statt. Während der 8. Mai dem 60. Jahrestag des Endes des 2. Weltkriegs gewidmet war, stand der 9. Mai im Zeichen des Europatages							
<b>CBEXS</b>	INTER-REG	2006-2007	90.000 €	195.000 €	7.000 €	60.500 €	<b>67.500 €</b>
<i>Projektkurzbeschreibung:</i> Breitbandanwendungen in Städten. Gerade begonnen. Ein Ziel ist die stärkere Zusammenarbeit der Kommunen und Gemeinden in NRW (Große Konferenz am 9. Mai 2007).							
<b>PILOT</b>	GD Umwelt	2006-2008	32.697 €	1.250.000 €	32.697 €	0 €	<b>16.349 €</b>
<i>Projektkurzbeschreibung:</i> Kommunale Lobbyarbeit gemeinsam mit den Städtenetzwerken POLIS, Eurocities und dem RGRE für die EU-Rahmengesetzgebung zur Umsetzung der Thematischen Strategie für nachhaltige Entwicklung in den Städten. Während des Projektes wurde die Obligation ausgehoben, dass Städte größer als 100.000 eine nach EU Vorgaben ausgerichtete Verkehrsplanung mit Monitoring vorlegen							
<b>TAXI DRIVERS</b>	Leonardo	2006-2008	68.965 €	526.780 €	5.600 €	49.572 €	<b>55.172 €</b>
<i>Projektkurzbeschreibung:</i> Spezielle Englischkurse für Taxifahrer unterstützt durch Online-Kurse z.B. über Handy oder PDAs. Nutzen: bessere Betreuung von Fahrgästen, Image der Stadt bei internationalen Veranstaltungen, Messen etc. Gerade begonnen.							

Projekt	Pro-gramm	Laufzeit	Gesamt-kosten Stadt	EU-Förderung (€)			
				Alle Partner	Anteil 01/4	Andere Dienststl.	Stadt Gesamt
<b>INDIKATOREN</b>	BBK	2006-2009	25.000 €	395.000 €	3.000 €	22.000 €	<b>25.000 €</b>
<i>Projektkurzbeschreibung:</i> UNO-Projekt. Entwicklung international vergleichbarer Indikatoren zur Hochwasservorhersage.							
<b>EUTOPA</b>	CP	2007-2008	38.667 €	257.000 €	25.000 €	4.600 €	<b>29.600 €</b>
<i>Projektkurzbeschreibung:</i> Austausch über die Systematik des PLOT-Projekts auf europäischer Ebene, da bislang nur nationale Ansätze.							
<b>SURVIVORS</b>	VOTA	2007-2008	75.000 €	300.000 €	55.000 €	5.000 €	<b>60.000 €</b>
<i>Projektkurzbeschreibung:</i> Aufbau eines europäischen Netzwerks von Terroropfern mit professioneller Unterstützung. Die beteiligten Partner (Köln: -37- und Uni) erwarten sich Erkenntnisse beim sofortigen sowie dann folgend nachhaltigen Umgang mit Opfern.							
<b>Europe DIRECT</b>	EU-KOM-D	2009-2012	212.000 €			100.000 €	<b>100.000 €</b>
<i>Projektkurzbeschreibung:</i> Europapolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit; Teil der Kosten trägt Region Köln/Bonn e.V							
<b>PORTICO</b>	INTER-REG	2009-2012	1.853.005 €	4.205.742 €			<b>926.502 €</b>
<i>Projektkurzbeschreibung:</i> Netzwerk von Städten mit archäologischen Zonen, Erfahrungsaustausch; Investitionen für Archäologische Zone Köln							
<b>gesamt:</b>			<b>4.664.486 €</b>	<b>27.644.389 €</b>	<b>705.273 €</b>	<b>1.773.311 €</b>	<b>2.462.236 €</b>



Anlage 2



## Anlage 3

## Anlage: 3a

**Regionale Verteilung der eingereichten Projektskizzen, der "Siegerprojekte"  
und der bisherigen Bewilligungen im Rahmen der 1. Wettbewerbsrunde  
nach krfr. Städten und Kreisen\* (Stand: 31.05.2009)**

Verwaltungsbezirk	Eingereichte Beiträge	Zur Förderung vor- geschlagene Beiträge	Einzel- bewilligungen	EU- und Landeszuschuss
		Anzahl		
Düsseldorf, krfr. Stadt	50	6	7	2.021.162
Duisburg, krfr. Stadt	48	18	10	11.024.519
Essen, krfr. Stadt	62	10	6	3.286.343
Krefeld, krfr. Stadt	14	3	2	992.842
Mönchengladbach, krfr. Stadt	5	2	-	-
Mülheim a.d. Ruhr, krfr. Stadt	14	2	1	158.305
Oberhausen, krfr. Stadt	23	5	4	4.515.022
Ramscheid, krfr. Stadt	6	2	1	69.700
Solingen, krfr. Stadt	16	5	-	-
Wuppertal, krfr. Stadt	30	6	11	3.067.873
Kreis Kleve	14	1	2	407.882
Kreis Mettmann	18	6	10	1.629.301
Rheinkreis Neuss	13	2	1	255.100
Kreis Viersen	7	3	3	3.404.000
Kreis Wesel	26	11	9	2.918.543
Aachen, krfr. Stadt	97	45	25	7.430.183
Bonn, krfr. Stadt	23	8	7	535.503
Köln, krfr. Stadt	139	33	13	2.718.235
Leverkusen, krfr. Stadt	10	1	-	-
Kreis Aachen	7	2	18	3.295.295
Kreis Düren	17	4	9	2.698.942
Erfeldkreis	32	4	1	80.013
Kreis Euskirchen	13	1	-	-
Kreis Heinsberg	7	3	-	-
Oberbergischer Kreis	17	4	1	307.201
Rheinisch-Bergischer Kreis	8	1	1	55.000
Rhein-Sieg-Kreis	33	11	9	3.176.351
Bitrop, krfr. Stadt	3	-	-	-
Gelsenkirchen, krfr. Stadt	24	8	7	1.433.893
Münster, krfr. Stadt	63	23	13	4.272.316
Kreis Borken	20	7	9	2.952.044
Kreis Coesfeld	6	3	1	152.953
Kreis Recklinghausen	47	11	3	482.372
Kreis Steinfurt	25	9	4	509.116
Kreis Warendorf	19	1	2	45.575
Bielefeld, krfr. Stadt	43	14	10	5.090.081
Kreis Gütersloh	5	2	4	486.338
Kreis Herford	10	3	1	80.781
Kreis Höxter	15	3	3	2.668.175
Kreis Lippe	29	7	3	666.713
Kreis Minden-Lübbecke	21	5	4	1.511.160
Kreis Paderborn	37	12	11	2.709.005
Bochum, krfr. Stadt	68	20	11	1.750.012
Dortmund, krfr. Stadt	115	39	33	13.049.887
Hagen, krfr. Stadt	7	2	2	565.674
Hamm, krfr. Stadt	20	3	1	253.400
Harna, krfr. Stadt	3	-	-	-
Ennepe-Ruhr-Kreis	38	13	3	259.677
Hochsauerlandkreis	40	10	5	1.605.624
Märktischer Kreis	21	7	6	3.948.073
Kreis Olpe	1	1	-	-
Kreis Siegen-Wittgenstein	27	7	7	2.241.631
Kreis Soest	21	6	3	797.260
Kreis Unna	29	5	1	845.178
Regionsübergreifend			8	3.407.759
<b>Nordrhein-Westfalen</b>	<b>1.506</b>	<b>420</b>	<b>306</b>	<b>105.834.011</b>
davon Ruhrgebiet (RVR) und Bergisches Städtedreieck	580	160	103	43.680.397
davon Übriges NRW	926	260	203	62.153.614
Außerhalb NRW *)	8	2	-	-
<b>Insgesamt</b>	<b>1.514</b>	<b>422</b>	<b>306</b>	<b>105.834.011</b>

\*) Regionale Zuordnung erfolgt über die Postanschrift des Einreichers des Wettbewerbsbeitrags



